

Haushaltsrede der SPD-Fraktion

da die Reden zum Haushalt bereits in den Unterlagen der letzten Sitzung im SessionNet zu entnehmen sind, erspare ich Ihnen die Wiederholung des Vortrags und nutze die Gelegenheit, neben der kurzen Vorstellung der wesentlichen Eckpunkte des Haushalts auf die Argumentation der letzten Reden einzugehen.

Den uns vorliegenden Haushalt halten wir für in Ordnung. Grundsätzlich haben hierzu sowohl die positive wirtschaftliche **Entwicklung der letzten Jahre** geführt, was sich insbesondere auf der Einnahmenseite bemerkbar macht. Aber auch die Abarbeitung einer langen Konsolidierungsliste - ein Kraftakt, den alle Fraktionen dieses Hauses zähneknirschend akzeptierten - hat einen wesentlichen Einfluss, dass Groß-Umstadt die Verlustzone verlassen kann. Ein Zeichen dafür, dass wir uns also auf dem richtigen Weg befinden.

Eine Senkung der **Grundsteuer B**, wie sie von der CDU beantragt ist, würde jedoch allein den geplanten Überschuss halbieren und kann im Sinne einer soliden und verantwortungsvollen Haushaltsführung derzeit nicht umgesetzt werden. Bei allem Willen, den Bürger zu entlasten muss dabei konstatiert werden, dass Groß-Umstadt bei der steuerlichen Belastung seiner Bürger ziemlich genau im Mittelfeld liegt. Mit einer Reduktion der mittleren Steuerlast von 156,85€ im Jahr 2015 auf 149,72€ haben wir im Vergleich zu anderen Kommunen einigen Boden gut gemacht. Vor allem wenn man bedenkt, dass die einstigen Spitzenreiter mit den geringsten Hebesätzen die Grundsteuer innerhalb der letzten 3 Jahre mehr als verdoppeln mussten, sollten wir vorsichtig mit übereifrigen und optimistischen Anpassungen sein, wenn wir diese aufgrund von Unwägbarkeiten - die Schwankungen der Höhe von Schlüsselzuweisungen und Gewerbesteuererinnahmen sind den meisten ja mittlerweile bekannt - im nächsten Jahr schon wieder ins Gegenteil verkehren müssten.

Was hier auch in Vergessenheit gerät ist die Bedingung, unter der eine weitere außerordentliche Belastung der Bürger in Form der Einführung einer Straßenbeitragssatzung vermieden werden konnte. Durch das Verschieben nötiger **Investitionen** konnte zwar eine Belastung der Bürger vermieden werden. Im Umkehrschluss ist damit der Investitionsstau im Bereich der städtigen Verkehrsinfrastruktur jedoch gewachsen und muss nun in den nächsten Jahren nach und nach abgebaut werden. Was die Investitionen angeht, kann sich der Haushalt mit einer Steigerung von 12 Mio. € auf nunmehr 22 Mio. € durchaus sehen lassen.

Zu den vorgebrachten Äußerungen der **gestiegene Kosten** kann ich jedoch nur den Kopf schütteln. Eine angebliche Einsparung durch Beitritt in den Zweckverband Wasser ging aus den bereits vorgestellten Vergleichsrechnungen im Rahmen der Entscheidungsfindung nicht hervor. Im Gegenteil musste die Gebührenstruktur entgegen der Ankündigung des ZVG aktuell sogar erhöht werden. Das Argument der Einsparung ist aus dieser Sicht nicht nur populistisch, sondern faktisch widerlegt.

Besonders ärgert aber der Vorwurf aus einer Haushaltsrede der letzten Stadtverordnetenversammlung. Darin heißt es "Auf der Ausgabenseite sind die Investitionen zu betrachten und müssen auf den Prüfstand. Stattdessen wird mehr Personal eingestellt [...] Genauso gut kann man das Geld der Bürger zum Fenster rauswerfen." Zu den nötigen Investitionen hatte ich ja bereits deren Notwendigkeit erläutert. Und wer sich genauer mit den **Personalkosten** auseinandersetzt, der wird schnell herausfinden, dass neben den allgemeinen Lohn- und Gehaltssteigerungen vor allem der Ausbau des Betreuungsangebots unserer Kindertagesstätten ursächlich für diese Veränderungen sind. Unserer Meinung ist der Ausbau der Kinderbetreuung eine Investition in die Zukunft unserer Kinder und unserer Gesellschaft. Perspektivisch wollen und werden wir in diesem Bereich das Angebot auch weiter ausbauen - so wie wir es auch in unserem

Wahlprogramm versprochen haben ("Hand drauf") - um der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für junge Familien und dem Ruf einer familienfreundlichen Stadt weiter gerecht zu bleiben. Hierzu dient sowohl die kurzfristig mögliche Erweiterung durch einen Ausbau der Kita Kleestadt als auch mittelfristig die Planung eines Neubaus in Wiebelsbach (ein Änderungsantrag, welcher glücklicherweise fraktionsübergreifend breiten Konsens findet). Wer an dieser Stelle also von Einsparmöglichkeiten beim Personal spricht, der möge bitte auch Ross und Reiter nennen und genau erklären an welchen Leistungen eingespart werden soll.

Mit dem Punkt der konstruktiver Vorschläge komme ich damit zu den **Entwicklungen der letzten Wochen**.

In der letzten Sitzung wurde der Haushalt zwar diskutiert und seitens der Oppositionsfraktion im Grundsatz bemängelt. Jedoch brachte keine der ablehnenden Fraktionen Vorschläge hervor, über welche Sie zu verhandeln bereit wäre. Stattdessen zeigte man sich dem vorgelegten Haushalt kompromisslos und grundsätzlich ablehnend gegenüber.

Nachdem der krankheitsbedingte Ausfall gleich mehrerer unser Mitglieder zu einer Pattsituation und damit zur Blockade des Haushalts geführt hätte, sahen wir daher uns zu einem ungewöhnlichen Schritt gezwungen, zu dem ich mich ja bereits eingangs persönlich erklärt habe. Auch hat sich die unsere Fraktion nach der Sitzung in einer öffentlichen Stellungnahme zu diesem Schritt geäußert. Nach dieser Stellungnahme kam es nun zum Schlagabtausch über verschiedene Leserbriefe.

Aber: Auch wenn der offene politische Diskurs und Austausch von Argumenten Ausdruck einer freien Demokratie ist - und ein jeder von uns froh sein kann, in einer solchen zu leben - so wirkt die derzeit stattfindende Diskussion nicht nur aus der Sicht außenstehender Bürger ein wenig befremdlich und wird dem Ruf und der Verantwortung des Hauses nicht gerecht.

Um dies klarzustellen: die SPD-Fraktion ist nach wie vor offen für konstruktive Vorschläge. In diesem Zusammenhang bin ich froh, gemeinsam mit BVG und Grünen einen HH-Antrag zur Optimierung der Prozesse in der Verwaltung vorzubringen und damit ein Zeichen zu setzen, dass der Umstädter Dialog nach wie vor unserem politischen Werteverständnis entspricht.

Nach wie vor stehen wir zu unserer Meinung, dass der vorliegende Haushalt für das Jahr 2019 auch nach der Anpassung der Schlüsselzuweisungen und Kreis- und Schulumlage ein immer noch akzeptables Ergebnis darstellt und werden diesem zustimmen.

Martin Kleine

stellvertretender Fraktionsvorsitzender SPD